

Pillenburger Nachrichten

mit illustrierter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“.

Unabhängiges Organ

der werktätigen Berufsclassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugspreis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 Mk., durch die Post bezogen 1,50 Mk., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 Mk.

Verlag u. Exped. Pillenburg, Halgererstr. 9.

Preis für die einseitige Zeitungs- oder deren Raum 15 Pfg., Anzeigen pro Zeile 40 Pfg. Anzeigen finden die weitestgehende Berücksichtigung bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Druck v. Emil Anding, Buchdruckerei, Gerdorn.

Nr. 59.

Mittwoch, den 11. März 1914.

8. Jahrgang.

Der Entwurf des preussischen Grundteilungs-Gesetzes.

Nach schweren parlamentarischen Kämpfen war im Winter 1908 das Enteignungsrecht des Staates zur Sicherung des gefährdeten Deutschtums in den Ostmarken gesetzlich festgelegt worden. Aber gar bald trat die Tatsache in die Erscheinung, daß in den Ansiedlungsbezirken die Polen die preussische Bodenpolitik mit Vorteil zu umgehen verstanden. Wenn ihnen auch durch das Ansiedlungsgesetz die Errichtung neuer Gebäude erschwert wurde, so halfen sie sich dadurch, daß sie neben einem Güterhandel im großen die Güterschlächtereien betrieben und den Einzelbesitz zerschlugen, um ihn polnischen Ansiedlern in verschiedenen Teilen zuzuschlagen; dadurch gelang es ihnen, die Tätigkeit der Ansiedlungskommission in gar vielen Fällen unwirksam zu machen und die Anhäufung des Bodens in polnischen Händen noch weiterhin zuungunsten des Deutschtums zu verschieben. Der vom Enteignungsgesetz erwartete Erfolg konnte deshalb — das ergab sich sozusagen von selbst — nur dann gewährleistet werden, wenn damit für die Ostmarken und für die angrenzenden Landesteile eine Grundteilungs-Beaufsichtigung und -Prüfung im deutsch-nationalen Sinne verbunden wurde.

Selt 1911 stand wohl ein diesbezügliches Gesetz, „Barzellerungs-“ (zu Deutsch: Grundteilungs-)Gesetz genannt, in Aussicht, aber immer wieder mußte dessen Vorlegung infolge von Schwierigkeiten, die sich daraus für die daran interessierten Ressorts ergaben, verschoben werden, bis im darauffolgenden Jahre der erste Entwurf vom Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet war. Aber dieser Entwurf trug den Charakter eines reinen Kampfgesetzes gegen die Polen und scheiterte daran, daß der Ministerpräsident an dessen Rand die Bemerkung machte: „Ich will kein Ausnahme-Gesetz“.

So ergab sich denn die Notwendigkeit einer Umarbeitung, deren Ergebnis jetzt halbamtlich im Wortlaut von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht wird.

Zunächst sei bemerkt, daß das Grundteilungs-Gesetz in seinem Geltungsbereich nicht auf die Provinzen Posen und Westpreußen beschränkt, sondern auf den Umfang der ganzen preussischen Monarchie ausgedehnt sein soll.

In seinem ersten Abschnitt schlägt der Entwurf zur Abwehr der schädlichen Grundstückszerstückelung vor, daß Zerstückelungen, die von gewerbsmäßigen Grundstücks-Verkäufern oder Grundstücksvermittlern vorgenommen werden, der Genehmigung des Regierungspräsidenten unterliegen; außerdem wird unter gewissen Voraussetzungen dem Vertragsgegner eines solchen das Recht eingeräumt, von einem bereits abgeschlossenen Kaufvertrage zurückzutreten.

Zur unmittelbaren Förderung der inneren Kolonisation werden dann im zweiten Abschnitt folgende Maßnahmen in Vorschlag gebracht:

1. ein gesetzliches Vorkaufsrecht für den Staat, um die Beschaffung von Land für Ansiedlerstellen zu erleichtern;
 2. zu demselben Zweck (in Erweiterung der Gesetzgebung über die Unschädlichkeitszeugnisse) Vorschriften, um bei Abverkäufen von Grundstücksanteilen die Regelung der Hypothekenverhältnisse zu erleichtern, und
 3. zur Förderung der Bildung von Rentengütern die Erhöhung des staatlichen Rentenbankkredits von bisher 1/10 auf 1/5 des Tagewertes, die Bereitstellung von 75 Millionen Mark zur Gewährung von Zwischenkredit, sowie endlich gewisse Erleichterungen des Verfahrens, zum Beispiel Erlass von Stempelgebühren u. dgl.
- Vorbehaltlich der Prüfung von Einzelheiten darf man den Entwurf, der in nächster Zeit im Abgeordnetenhaus zur ersten Lesung gelangen soll, als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der Innenkolonisation betrachten.

Deutsches Reich.

Hot und Gesellschaft. Der Kaiser traf am 7. d. M., abends 1/10 Uhr, auf dem Lehrter Bahnhof aus Bremen wieder in Berlin ein. Am Sonntagvormittag besichtigte er den Neubau der kgl. Bibliothek unter den Linden.

Aufwandsentschädigungen. Beim Bundesrat liegt gegenwärtig eine Vorlage über Ausfuhrbestimmungen für Familien mit mehr als drei dienstpflichtigen Söhnen zur Beschlussfassung, in der feste Grundsätze aufgestellt werden, die für die Gewährung der Aufwandsentschädigungen maßgebend sind. Man darf annehmen, daß der Bundesrat die Vorlage in kurzer Zeit verabschiedet wird, da die Entschädigungen bereits vom 1. April dieses Jahres ab gezahlt werden sollen.

Ueber die kürzlich gegründete „Liga zur Verteidigung Eisch-Losbringers“ äußert sich die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg.“ dahin, daß sich binnen kurzem erkennen lassen müsse, in welchem Sinne sie ihre Aufgaben auslege, zumal sie nach allem, was verlautet, eine positive und überlebende Tätigkeit anstrebe.

Orts- und Landkrantenkassen. Nachdem kürzlich bekannt worden war, daß die Versicherungsämter Groß-Berlins demnächst zur Errichtung von Landkrantenkassen veranlaßt werden würden, sehen sich die Ortskrantenkassen veranlaßt, ihrerseits mögliches Entgegenkommen in der Dienstbotenversicherung zu zeigen, um die ihnen unbequeme Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen, indem sie die Errichtung einer besonderen Abteilung für Dienstboten

planen. Inzwischen macht die Organisation unter den Landkrantenkassen weiter Fortschritte. Dem Beispiels des „Schlesischen Landkrantenkassen-Verbandes“ sind jetzt die Kassen der Provinz Posen gefolgt; dieser Verband hat seinen Sitz in der Stadt Posen. Damit wäre also ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Gründung eines großen allgemeinen Verbandes der Landkrantenkassen Deutschlands getan, der ein Gegengewicht gegen den Verband der Allgemeinen Ortskrantenkassen abgeben würde.

Deutscher Reichstag.

231. Sitzung. § Berlin, 9. März 1914.

Im Reichstage wurde heute nach Erledigung von Wahlgültigkeitsfragen die Beratung des Kolonialrechts fortgesetzt. An erster Stelle kam der Abg. von Böhlen-dorff-Köpin (konf.) zu Wort, der seiner Genug-tuung über die Einmütigkeit der bürgerlichen Parteien in den kolonialen Eisenbahnfragen Ausdruck gab und die Begründung eines Lehrstuhls für die Pathologie der Tropenkrankheiten befürwortete. Ihm folgte der Pole Morawski, der für die sofortige Beseitigung der Hausflaverei eintrat. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die mehr als einstündige sympathische Rede des Staatssekretärs Dr. Solf. Ein wichtiges Ergebnis seiner letzten Inspektionsreise ist die Erkenntnis, daß man die Kolonien in tropische und Besiedlungskolonien zu scheiden habe, und daß die ersteren nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen besiedlungsfähig sind, und günstigsten Falles auch nur auf den Hochplateaus. Diese müssen aber erst an den großen überseeischen Verkehr angeschlossen sein, es muß Wasser erschlossen sein, und die Farmen müssen vermessen sein, ehe man den Tisch als gedeckt ansehen kann. Aber auch in den Siedlungskolonien, vor allem in Südwestafrika, bleibt die Wassererschließung noch die Hauptsache. Von Kamerun hofft der Staatssekretär, daß es sich wegen seiner hervorragenden Bedeutung für die Kultur der Delpalme wohl zur besten Kolonie entwickeln werde. Auch von den Sozialdemokraten hofft der Staatssekretär, daß sie die Bahnbauten einmal mitmachen werden, vor allem in unserem „Wustland“ Loge. Lebhafter Beifall erscholl, als der Staatssekretär mitteilte, daß die Tanganjikabahn vierzehn Monate früher fertig geworden sei, als geplant war. Nicht minder beifällig wurde die Bemerkung aufgenommen, daß die deutsche Landwirtschaft auch für die tropische Landwirtschaft zur Lehrmeisterin werden müsse. Den sozialdemokratischen Rednern konnte der Staatssekretär den „Vorwärts“ vorhalten, der selber anerkannt habe, daß die neue Arbeitsordnung keineswegs inhuman sei. Der Arbeitszwang wird überall aufgehoben. Die Alkoholeinfuhr ist teilweise überhaupt verboten. Die Bitte des Staatssekretärs, die Erörterung der Eingeborenen- und Arbeiterfrage doch für unsere deutschen Landsleute in den Kolonien etwas verjüngender zu führen, fand vielseitige Zustimmung, und am Schlusse der inhaltreichen Rede spendete das Haus in seiner großen Begeisterung starken Beifall. Dann kam der Sozialdemokrat Henke zu Wort, der dem Staatssekretär den Vorwurf machte, daß er die Dinge zu rosig ansehe, sich im wesentlichen aber in seiner Kritik auf Wiederholungen aus der Dittmannschen Rede vom Sonnabend beschränkte.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung. < Berlin, 9. März 1914.

Im Abgeordnetenhaus zeitigte heute ein Antrag Rösche-Hahn (konf.) eine längere Debatte. Der Antrag führt Klage darüber, daß zuviel deutsches Geld ins Ausland wandere, und so dem Innenmarkt, der es doch so nötig habe, entzogen werde. Der Handelsminister Dr. Sadow wies bei der Beantwortung der Interpellation wirksam darauf hin, daß bei der Emission ausländischer Anleihen wirtschaftliche und politische Fragen eine wesentliche Rolle spielten, und daß es einfach nicht angehe, bei unserem sich immer stärker entwickelnden Wirtschaftsleben dem Auslande unseren Geldmarkt zu verschließen. Im übrigen betonte der Minister, daß die Börsenverwaltung Sache der Bundesstaaten sei und bei diesen in guten Händen liege, und daß keine Veranlassung gegeben wäre, hier etwa eine Aenderung eintreten zu lassen.

Ausland.

Italien.

Die Radikalen und das Kabinett Giolitti.

In einer am Sonnabend abgehaltenen Sitzung der radikalen Partei wurde beschlossen, den radikalen Mitgliedern des Kabinetts zu erklären, daß die Partei deren Verbleiben im Ministerium Giolitti nicht weiter zulassen könne, da sie mit dem Steuergesetze des Finanzministers nicht einverstanden sei.

Die unmittelbare Folge dürfte der Rücktritt der Minister Saggi und Credaro sein, die mittelbare dann die Demission des Gesamtkabinetts.

Frankreich.

Drachmose Telegraphie und Spionensucht.

Nachdem fast alle Kulturstaaen zur Monopolisierung der drahtlosen Telegraphie geschritten sind, beabsichtigt jetzt auch Frankreich, die Radiotelegraphie zum Staatsmonopol zu erheben. Bestimmend für diese Maßnahme

sind, wie die „R. Pr. R.“ von militärischer Seite erfährt, Gründe der Landesverteidigung. Man will nämlich beobachten haben, daß sich besonders an der französischen Ostgrenze in letzter Zeit auffällig viele Privatstationen installiert haben, die nach der Auffassung französischer Militär-treife Spionagezwecken dienen. Um derartige Möglichkeiten für die Zukunft zu unterbinden, soll jetzt nur der Staat allein das Recht haben, radiotelegraphische Stationen zu errichten und drahtlosen telegraphischen Verkehr zu unterhalten.

Balkan.

Fürst Wilhelms I. Regierungsantritt.

Nachdem die Internationale Kontrollkommission dem Fürsten am Sonnabend nach seiner Ankunft die Regierung übergeben hatte, empfing der Fürst, an dessen Seite die Fürstin sich befand, am Sonntag zahlreiche Deputationen aus dem Innern Albaniens und Abordnungen ausländischer albanischer Kolonien. Als erster wird dem Fürsten der rumänische Gesandte für Albanien, Burghelle, der am Sonnabend von Wien nach Durazzo abgereist ist, sein Beglaubigungsschreiben überreichen und somit der Dogen des diplomatischen Korps in Durazzo sein.

Der erste albanische Ministerpräsident.

Nach einer Meldung der Agenzia Stefani aus Durazzo hat Fürst Wilhelm von Albanien Turhan Pascha das Amt des Ministerpräsidenten angeboten. Turhan Pascha hat sein Eintreffen in Durazzo für den 12. März angekündigt.

Wie die „Frankfurter Ztg.“ hierzu aus Konstantinopel meldet, wird dort die plötzliche Abreise des bisherigen Botschafters der Türkei in Petersburg, Turhan Pascha, lebhaft erörtert. Turhan wolle seit zehn Tagen in Konstantinopel. Er äußerte sich, daß er nach Paris gehen werde, um seine Gattin abzuholen. In politischen Kreisen Konstantinopels wird jedoch berichtet, daß er sich direkt nach Durazzo begeben und voraussichtlich zum Chef des zukünftigen albanischen Kabinetts oder zum Präsidenten des Senats ernannt werden wird. Turhan ist etwa 70 Jahre alt. Seine Berufung wird mit russischem Einfluß in Zusammenhang gebracht; sie soll anlässlich des Petersburger Aufenthalts des Fürsten zu Wien beschlossen worden sein.

An leitender Stelle widmet die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Fürstenpaar in ihrer Nummer vom 7. d. M. einen Begrüßungsartikel, in dem es u. a. heißt:

Die starken nationalen Lebenskräfte, die dem albanischen Volk durch alle Machtkonflikte der Jahrhunderte hindurch seine Eigenart und den Drang nach völliger Selbstständigkeit bewahrt hatten, äußerten sich nun, wo ihnen endlich die Bahn zur ungehinderten Betätigung freigelegt worden ist, in begeisterten und herzlichen Aufnahmen des Fürstenpaares, das die edle geschichtliche Mission übernommen hat, den jungen Staat ins Leben zu führen.

Die Räumung von Nord-Epirus.

Der ganze Bezirk von Kolonia wurde am Sonnabend der albanischen Gendarmerie übergeben; die griechischen Truppen zogen nach Vostowik ab. Der Metropolit Velas, ein Mitglied der autonomen Regierung von Epirus, hatte sich nach Kolonia begeben wollen, um dort die Autonomie zu proklamieren, wurde aber von den griechischen Behörden daran gehindert und festgehalten.

Den Albanern scheint indes die Räumung sich nicht schnell genug abzuwickeln. Am gleichen Tage nämlich griff eine aus 400 Mann bestehende Albanierbande eine griechische Abteilung von 25 Mann in dem Dorfe Tsalari im Bezirk Tepelini an, der von den griechischen Truppen noch nicht geräumt ist. Die griechische Abteilung wurde gezwungen, sich nach Dukat zurückzuziehen, wo sie, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatte, den Kampf mit den Albanern aufnahm. Ueber den Ausgang des Treffens liegen noch keine Nachrichten vor.

Kleine politische Nachrichten.

In Berlin und den Vororten wurde am Sonntag ein sozialdemokratischer Frauentag abgehalten, der sich durch viele Umzüge bemerkbar machte. In den darauffolgenden Versammlungen gelangte eine langatmige Resolution zur Annahme, in der das Wahlrecht für Frauen gefordert wurde.

Die Bestrebungen, die Reform der Beamtenbesoldung über den Kreis der vorliegenden Novellen hinaus auszu-dehnen, sollen, wie die „Mgd. Ztg.“ aus „gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen“ erfährt, feierliche Aussicht auf Erfolg haben. Die Reichstagswahl in Wahlkreis Schwab findet am 21. April statt; deutscher Kompromißkandidat ist wieder Landrat von Halem.

Das polnische Provinzialkomitee für den Wahlkreis Samter-Birnbaum-Obornik, der durch die Mandatsniederlegung des Grafen Rielginski vor einer Reichstagswahl steht, proklamirte, dem „B. L.“ zufolge, den Prälaten Koss-Posen als Kandidaten; deutscher Kandidat ist bekanntlich Herr v. Hajo-Raditz. Die Wahl findet am 17. März statt.

Im Laufe des Monats Februar kamen, wie der „Hilfsbund gegen die Fremdenlegion“ erfährt, in Süddeutschland 20 Fälle zur Kenntnis der Behörden, in denen nicht verfügbare jugendliche Personen in die Fremdenlegion eingetreten oder verschleppt worden sind.

Einer Blättermeldung zufolge wählte das Breslauer Domkapitel den Domkapitular Joseph Klose zum Kapitulär-vikar, der nach Autorisierung durch das Staatsministerium bis zur Wahl des neuen Fürstbischofs die Leitung der Diözese haben wird.

Wie das „Posener Tageblatt“ meldet, findet am 21. und 22. März ein freikonservativer Parteitag in Berlin statt.

Der Erste Vizepräsident des Reichstages, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Paasche, wird im August an der Universität von San Francisco eine Reihe von politischen und sozialpolitischen Vorlesungen in deutscher Sprache halten.

In der Woche nach Ostern, vom 15.—17. April — nicht wie sonst erst in der Pfingstwoche — wird zu Nürnberg der Evangelisch-sozialer Kongress abgehalten werden.

Die sozialdemokratische „Rote Woche“.

Die seit längerer Zeit so prophetisch angekündigt war, hat mit allerhand die Partei höchst unliebsam treffenden behördlichen Störungen begonnen. Zunächst wurde das zu tausenden Zwecken schwarz-weiß-rot umrandete Plakat mit dem Auftrage für die Frauenversammlungen auf Grund des Plakats verboten. Nachdem die Forderung „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!“ abgeändert war in „Das Frauenwahlrecht!“ wurde der Anschlag des Plakates nachträglich gestrichelt. Jetzt ist der Anschlag eines Plakates verboten, dessen Zweck nach den üblichen schwülstigen Agitationsphrasen auf die Aufforderung zum Eintritt in den sozialdemokratischen Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ hinausläuft. Der Aktionsausschuß ersucht nun selbst darum, das Ausschlagen zu unterlassen, damit die Polizei keine Gelegenheit zu Strafmandaten erhalte und das sozialdemokratische Geld nicht in die staatlichen Kassen fliehe. Voll inneren Grimms schreibt der „Vorwärts“: „Wir müssen gestehen, der Herr Polizeipräsident erweckt unsere Bewunderung. Er ist in seinem Fache ein wahrer Meister. Ihn kümmern keine Nebenwirkungen, ihn erfüllt die reine Freude an der Ausübung seines Berufes. Er verbietet um des Verbietens willen, ohne zu fragen, was für Folgen solche Verbote denn eigentlich haben können. Wir aber freuen uns der Folgen! Herrn von Jagow wird es gelingen, selbst den bürgerlichen Parteien klarzumachen, daß das längst veraltete Plakatsgesetz endlich beseitigt werden muß, seitdem es einen Jagow gibt, der es in dieser Weise anwendet. Dem Polizeipräsidenten wird es auch gelingen, den Feuerfeind unserer Genossen noch mehr anzuspornen, um der „Roten Woche“ einen glänzenden Erfolg zu sichern.“

Ob die Arbeiterschaft, wenigstens die kühl überlegende, noch lange bereit sein wird, das Brautengedreche der „Führer“, besser gesagt Drahtzieher, für bare Münze hinzunehmen, bleibt abzuwarten.

Lokales und Provinziales.

Dillenburg, 10. März. Die Theater-Gesellschaft Rappennacher, welche zur Zeit in Herborn ansässig ist, gastiert morgen Mittwoch in unserer Stadt im großen Saale des Rathauses. Zur Aufführung gelangt „Der Fremdenlegionär“. Ueber die Leistungen besagter Gesellschaft herrscht allgemeines Lob und steht daher auch für morgen ein recht gemächlicher Abend bevor. Ein auswärtiges Blatt, die „Machener Allg. Ztg.“, bespricht das Stück wie folgt: „Die heisse Liebe zum Vaterlande und zu allen seinen Söhnen ist die treibende Kraft, die hochgefinnte Männer und Frauen auf den Plan getrieben hat, mit willensstarker Energie den Kampf gegen die französische Fremdenlegion aufzunehmen. Der Appell an das deutsche Volk, mit einzutreten in die Reihen dieser patriotischen Kämpfer, hat begeisterten Widerhall gefunden und ist auch von Schriftstellern nicht überhört worden. Zu jenen unter ihnen, die sich bereit fanden, ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache zu stellen, gehört auch Steinmann. In der Erkenntnis, daß die Bühne der Lehrschrift ist, von dem herab die Aufklärung werden kann, hat er in dem Schauspiel „Der Fremdenlegionär“ ein Werk geschaffen, in dem er die Bedeutungslosigkeit der Gründe, die häufig zum Eintritt in die Fremdenlegion führen, kennzeichnet und die schrecklichen Folgen, die ein solcher Schritt für den Betroffenen selbst und für alle, die ihn lieben, stets haben müssen, mit erschütternder Wahrhaftigkeit aufrollt. Voraussetzungen wird der in Machen erzielte Erfolg dem Stück den Weg über viele deutsche Bühnen eröffnen, wenigstens ist es wegen seiner eminent vaterländischen Tendenz und im Interesse der deutschen Jugend zu wünschen. Daß seine Wirksamkeit bedeutend ist, bewies der nach jedem Aktstich gespendete Beifall, derselbe steigerte sich bis zur Ovation, als der Verfasser nach dem letzten Akt auf die Bühne geholt wurde, um sich dem begeisterten Publikum zu zeigen.“

Dillenburg, 10. März. Herr Bergwerksdirektor Oberbergat Bäumler dahier ist an das Oberbergamt nach Halle versetzt worden.

Kaisermanöver. Das diesjährige Kaisermanöver mit seinen mehr als über 200.000 Teilnehmern stellt die Eisenbahn-Behörde vor außerordentlich hohe und schwierige Aufgaben. Zur glatten Abwicklung des Reiseverkehrs sind insbesondere schon die umfassendsten Vorbereitungen in die Wege geleitet. Eine am Sonntag in Frankfurt am Main abgehaltene Konferenz von Vertretern der Eisenbahndirektion und höheren Offizieren der Verkehrstruppen entschied sich nach einer eingehenden Ortsbesichtigung für den Bahnhof Kitzingen b. Würzburg zwischen Wehlar und Staufenberg als eine der Hauptstationen für die Truppenverladungen. Von hier sollen besonders die großen Kavalleriemassen wegtransportiert werden. Der Militärplan sieht für die Rückbeförderung der Truppen im Bereiche der Eisenbahndirektion Frankfurt allein 800 Sonderzüge vor, die innerhalb zweier Tage abgefahren werden sollen. Um dieses Werk technisch zu ermöglichen, wird die Einstellung des Güterverkehrs während dieser Zeit in Erwägung gezogen. Mit dem Ausbau der kleinen Station Kitzingen b. Würzburg zu einem Militärbahnhof wird bald begonnen.

Schulnachrichten. Im Laufe der vorigen Woche fanden in Niedereisenhausen, Frechhausen und Klein-Wehlar die zweiten Lehrprüfungen statt. Die Prüfungskommission bestand aus den Herren Regierungs- und Schulrat Dr. Grau-Wiesbaden und Seminar-Oberlehrer Schürer-Dillenburg. Der Prüfung unterzogen sich und bestanden: Lehrer Schreiber-Niedereisenhausen, Lehrer Feinze-Frechhausen und Lehrer Vette-Kleingladenbach.

Das Regenwetter soll, wie die Weilburger Wetterwarte berichtet, noch für einige Tage anhalten, wenn auch mit mehr oder weniger sich geltend machenden Unterbrechungen. Zeitweise aufsteigende aber milde Winde sind ebenfalls angezeigt.

Biebscheuen. Im Regierungsbezirk Wiesbaden herrscht laut amtlicher Feststellungen vom 28. Februar in einem Gehöft die Maul- und Klauenseuche, in 52 Gehöften die Schweineseuche und Schweinepest.

Herborn, 10. März. Gestern bestand vor der Prüfungskommission in Dillenburg der Schreiner Herr Willy Meckel von hier die Meisterprüfung.

Der gestrige Markt hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Die Nachmittagszüge mußten mehrfach verstärkt werden, da der Verkehrsandrang ein außerordentlicher war, namentlich die Richtung Gartenrod-Niedereisenhausen war sehr stark beansprucht, ebenfalls stark frequentiert war die Straße Dillendorf.

Telefon bei der Gilgautabfertigung. Den zahlreichen Anfragen an die königliche Eisenbahndirektion um besondern Anschluß des Telefons bei der Gilgautabfertigung, wie solcher früher bestanden, jedoch vor zirka 2 Jahren aufgehoben wurde, sodaß man erst über die allgemeine Güterabfertigung sprechen konnte, wodurch mancher Zeitverlust entstand, ist nunmehr Folge gegeben worden. Der neue Anschluß tritt per 1. April in Funktion.

Saiger, 10. März. Am Samstag Abend hielt der hiesige Männergesangsverein „Liedertafel“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Verein, der am hiesigen Plage der älteste ist, besteht seit fast 70 Jahren und hat zurzeit 41 Mitglieder.

Wehlar, 9. März. Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat dem Bürgermeister der Stadt Braunfels, Herrn Ziegler, nach Anhörung der Bürgermeisterversammlung und auf Vorschlag des Kreisaußschusses, auch die Verwaltung der Landbürgermeisterei Braunfels endgültig übertragen.

Wismar, 9. März. In der Brückischen Gastwirtschaft tagte am gestrigen Sonntag unter reger Beteiligung der 9. Turntag des Lahn-Dünnsberg Turnbundes. Als Vertreter waren einschließlich der Ausschlußmitglieder 47 Abgeordnete erschienen.

Munzhausen (bei Gladbach), 10. März. Seit Kurzem wird hier im Distrikt Breite Erle eifrig gearbeitet, um ein Bergwerk aufzuschließen. Man beabsichtigt, den Transport von der Arbeitsstelle bis Bahnhof Gladbach mittels Lastautos zu bewältigen. Das neuerschließende Bergwerk wird von einem Herrn aus Gießen, der es eingemietet hat, weiter ausgebaut werden.

Klein-Gladenbach, 9. März. Der Raminfeger Ab. Pfeiffer stürzte von einem Ramin ab und erlitt einen schweren Schädelbruch.

Friedberg, 9. März. Postdirektor Becker ist gestern nach kurzem Leiden gestorben. Er war hier knapp drei Jahre tätig und sollte in wenigen Wochen das neu-erbauten Postamt übernehmen.

Frankfurt a. M., 9. März. Ein junges Mädchen aus Kitzingen übergab vor drei Monaten sein Kind einem angehenden Fabrikantenehepaar aus Zürich an Kindesstatt und bezahlte zugleich einen einmaligen Erziehungsbeitrag von 600 Mk. an die Leute. Die „Zürcher“ gaben das Kind jedoch sofort anderweitig in Pflege, da ihnen nur um das Geld zu tun war. Sie wurden jetzt ermittelt und wegen Betrugs verhaftet. Es handelt sich um den Eisenbahnsekretär a. D. Hans Leitner und Frau geb. Rau aus Würzburg.

Griesheim a. M., 9. März. Seit zwei Jahren trieb hier ein anonymes Briefschreiber sein Unwesen und richtete durch seine Karten und Briefe viel Aufregung und Verdruss an. Die Polizei konnte trotz aller Schriftvergleiche und Hausdurchsuchungen den Übeltäter niemals erwischen, bis es ihr jetzt gelang, das Netz über einem jungen — Mädchen zusammenzugreifen. Dieses gestand nunmehr auch unter der Wucht des Beweismaterials seine Sünden ein, für die es nun die Folgen zu tragen hat.

Hungen, 8. März. Das Defizit in unserem Spar- und Kreditverein beträgt zirka 130.000 Mark, für das die Mitglieder zum größten Teil verantwortlich gemacht werden.

Arnoldshain i. L., 9. März. Drei hiesige Schulbuben im Alter von 12 Jahren haben eine gegenwärtig unbewohnte Villa bei Schmitten, die einem Frankfurter Fabrikbesitzer gehört, in geradezu unglaublicher Weise verwüstet. Sie zerstörten alle 14 Zimmereinrichtungen bis auf eine, indem sie die Tapeten abrißen, die Bilder zerschnitten oder zerbrachen, Möbel zerbrachen, die Lampen und Vöster zertrümmerten, alle Betten zerrückten, die Glas- und Porzellan-sachen in Scherben schlugen und sogar einzelne Wände durchstießen und durchlöchernten. Das ganze Gebäude bietet vom Keller bis in den Dachstuhl ein Bild grauenhafter Verwüstung. Ein Brandstiftungsversuch scheint den Jungen, die alle Kinder geachteter Eltern sind, mißlungen zu sein. (Nette Fräulein!)

Oberursel, 9. März. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters J. Füller (Oberursel) fand hier die erste diesjährige Konferenz der Bürgermeister des Obertaunuskreises statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand eine allgemeine Aussprache über den neugegründeten Nassauischen Verkehrsverband. Einstimmig erkannte man die Bedeutung dieser Verkehrsorganisation für den Taunus an und beschloß den Verband durch den Anschluß der Gemeinden und einzelnen örtlichen Körperschaften in jeder Weise zu unterstützen. Bürgermeister Jacobs (Königsstein) wurde beauftragt, die bezüglich der Statuten von der Konferenz geäußerten Wünsche in der nächsten Verbandsversammlung zu vertreten. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit dem Abschluß der Normalverträge für die Gas- und Elektrizitätslieferung in den Gemeinden des Obertaunuskreises, mit Wegebau- und Steuerfragen.

Hanau, 10. März. Frau Balabanoff aus Mailand, Mitglied des italienischen Polizeiverbandes, wurde gestern, nachdem sie am Tage vorher in zwei Frauenversammlungen gesprochen hatte, aus Preußen als lästige Ausländerin ausgewiesen.

Berlin, 10. März. Der Raubüberfall in Charlottenburg hat, wie das Berliner Tageblatt aus Leipzig erfährt, dort zu der Feststellung geführt, daß in dem Leipziger Vorort Stötteritz ein vielfach vorbestrafter Monteure D. Geyer wohnt, der erst am vorigen Dienstag nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren aus der Strafanstalt entlassen worden ist, sich Ende vergangener Woche nach Charlottenburg gewandt hat. Die näheren Umstände deuten darauf hin, daß er an dem Raubüberfall beteiligt gewesen ist.

Münberg, 10. März. Aus Gram über den Tod ihres Mannes vergiftete gestern die 40jährige Kaufmanns-witwe Martha Marks sich und ihre beiden 8 und 9 Jahre alten Kinder in ihrem Badezimmer mit Leuchtgas.

Neueste Nachrichten.

Kognatschmuggel.

Köln, 10. März. Beim Hauptzollamt in Düsseldorf sind große Zollunterschlagungen aufgedeckt worden. Die Affäre spielt auch nach Köln hinüber. Die Summe, um die der Staat betrogen worden ist, beträgt etwa 100.000 Mk. Es handelt sich um die Einschmuggelung von Kognat. Ein Kaufmann aus Köln, mehrere Düsseldorfer Zollbeamte und Angestellte Düsseldorfer Firmen sind verhaftet worden.

Zurückziehung der Revision.

Posen, 10. März. Die Revision im Prozeß gegen den Grafen Nieskyński, die von der Staatsanwaltschaft eingelegt worden war, ist jetzt zurückgezogen worden. Damit hat das freisprechende Urteil gegen den Grafen Gesehstrast erlangt.

Feuersbrunst.

Ville, 10. März. Ein 94 Meter hoher Turm, der sich neben dem Rathause befindet, ist in Brand geraten. Im Erdgeschoß befindet sich eine Halle, die die Stadtbibliothek mit 10.000 Bänden und ein wertvolles Archiv enthält. Sie sind vom Brande bedroht.

Aus Albanien.

Durazzo, 10. März. Der frühere türkische Botschafter in Petersburg, Turkan Pascha, hat sich bereit erklärt, den Posten eines Ministerpräsidenten in Albanien zu übernehmen. Turkan war selbst Albanier.

Stiftung einer Erbkönigin.

Belgrad, 10. März. Die Erbkönigin Natalie von Serbien hat der Belgrader Universität ein Millionen-Geschenk gemacht. Sie schenkte die von ihrem Sohne ererbte Domäne Majdan Pek. Allein die Wäldungen der Domäne besitzen einen Wert von zwei Millionen Franken.

Der türkisch-serbische Friedensvertrag.

Pera, 10. März. Die türkischen Delegierten sind sich gestern nachmittag über den Text des türkisch-serbischen Friedensvertrages endgültig einig geworden. Die offizielle Unterzeichnung wird jedenfalls heute erfolgen. Serbien erhält im Vertrage erhebliche Zugeständnisse.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Emil Anding, Herborn

Weilburger Wetterdienst.

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, den 11. März. Veränderliche Bewölkung, einzelne Niederschläge, etwas kälter.

Marktbericht.

Herborn, 9. März. Auf dem heute abgehaltenen 2. diesjährigen Markt waren aufgetrieben 282 Stück Rindvieh und 506 Schweine. Es wurden bezahlt für Fetteile u. zwar Ochsen 1. Qual. — Mk., 2. Qual. 90—93 Mk., Kühe und Rinder 1. Qual. 88—90 Mk., 2. Qual. 80—85 Mk. per 50 Kilo Schlachtgewicht. Auf dem Schweinemarkte kosteten Ferkel 48—60 Mk., Läufer 70—90 Mk. und Einlegerschweine 90—130 Mk. das Paar. — Der nächste Markt findet am 2. April 1914 cr. statt.

Frankfurt, 9. März.		Per 100 Pfd. Lebendgewicht	
Ochsen	1. Qual.	Mk.	48—53
	2. „		45—48
Bullen	1. „		47—50
	2. „		43—46
Kühe, Rinder und Stiere	1. Qual.	Mk.	46—50
	2. „		43—46
Kälber	1. „		57—60
	2. „		52—56
Lämmer	1. „		41—42
	2. „		—
Schweine	1. „		49—52
	2. „		49—52

Getreide.

Per 100 kg.		Per 100 kg.	
Weizen Mk.	20.50	Roggen Mk.	16.35—16.40
Gerste	17.00—17.50	Hafer	16.00—17.00

Kartoffeln.

Kartoffeln in Waggonlad p. 100 kg. Mk. 4.50—4.75
do. im Detailverf. „ 5.50

Auf dem Frankfurter Futtermittelmarkt vom 9. März wurden gezahlt für:

Grobe Weizenkleie	Mk. 10.75—11.00
Feine „	10.25—10.75
Roggenkleie	10.25—10.75
Viertreber	13.00—13.25
Reismehl	9.80—10.25
Palmkuchen	14.25—14.50
Kokoskuchen	17.00—17.50
Erbsenkuchen	16.75—17.50
Baumwollsaatmehl	19.00—19.75
Leinmehl	15.50—15.75
Rapskuchen	11.25—12.00
Futtergerste	13.60—14.50
Trockenschmelz	8.75—9.00
Neue Campagne	—
Diebels Fleischfuttermehl	31.00—31.75
Is. Fischfuttermehl	27.25—28.25
Mais	14.60—15.00

Die Preise verstehen sich pro Doppelzentner ab Frankfurt a. M. bei Barzahlung. Der Markt verlief ruhig.

Geschäfts-Kuverts

in allen Farben und Qualitäten.

Buchdruckerei Emil Anding, Herborn.

